

Stellungnahme des VBE NRW

zum Antrag der Fraktion der FDP "Handlungskonzept zur Unterrichtsversorgung scheitert – Ministerin setzt Scheuklappen auf" (Drucksache 18/8888)

Anhörung des Ausschusses für Schule und Bildung am 01.10.2024

Sehr geehrter Herr Kuper,

für die Gelegenheit zur Stellungnahme zum oben genannten Antrag danken wir Ihnen und nehmen diese gerne wahr.

Zeit ist die wichtigste Ressource in der Schule, sie lässt sich in Schulen vor allem durch Personal generieren – Personal, das in den Schulen seit Jahren fehlt. Auf der einen Seite ist es deshalb wichtig, nachhaltige Personalgewinnung zu betreiben, um für die Zukunft gut aufgestellt zu sein. Auf der anderen Seite ist es aber ebenso wichtig, das derzeit in den Schulen befindliche Personal zu stärken und zu entlasten, um weitere Ausfälle zu verhindern. Wie etwa die repräsentative Befragung unter Schulleiterinnen und Schulleitern des VBE aus dem Jahr 2023 zeigt, geben mittlerweile 60 % der Befragten an, dass sich die Zahl der Kolleginnen und Kollegen, die langfristig aufgrund von physischen oder psychischen Erkrankungen ausgefallen sind, in den letzten fünf Jahren zugenommen hat – im Jahr 2019 sagten dies "lediglich" etwas mehr als zwei Drittel.¹ Die Belastungen des schulischen Personals sind ohne jeden Fall an die Grenze der Zumutbarkeit gelangt.

Insofern zielt der Antrag der FDP-Fraktion grundsätzlich in die richtige Richtung, wenn es darum geht, über neue Maßnahmen nachzudenken, beschlossene Maßnahmen zu evaluieren und auch zurückzunehmen, wenn sie entweder keine Wirkung erzielen oder die vermeintlich erzielten Erfolge in keiner Relation zur Belastung des Personals stehen.

Dies gilt aus Sicht des VBE NRW vor allem für die restriktive Handhabung bei Teilzeitmöglichkeiten. Zwar hat sich nach Angaben des Ministeriums für Schule und Bildung (MSB) die Zahl der Lehrkräfte in voraussetzungsloser Teilzeit infolge des "Handlungskonzepts Unterrichtsversorgung" um 510 verringert², es liegen allerdings keine Zahlen dahingehend vor, wie viele Anträge auf Teilzeit abgelehnt wurden. Beobachtet werden kann indes zum einen, dass die Zahl der Kündigungen konstant steigt (ca. 300 Dienstaustritte im Jahr 2013, ca. 800 im Jahr 2022

¹ forsa Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analysen mbH (2023). *Die Schule aus Sicht der Schulleiterinnen und Schulleiter: Ergebnisse einer bundesweiten Repräsentativbefragung*. Verfügbar unter: https://www.vbe.de/fileadmin/user_upload/VBE/Service/Meinungsumfragen/2024-04-05_Berichtforsa_Gesundheit-SL.pdf [19.09.2024]

² Ministerium für Schule und Bildung des Landes Nordrhein-Westfalen (2023). *Pressmitteilung vom* 16.10.2023. Verfügbar unter: https://www.schulministerium.nrw/presse/pressemitteilungen/ministerin-fel-ler-wir-sind-noch-nicht-am-ziel-aber-kommen-schritt-fuer [19.09.2024]

und ca. 930 im Jahr 2023).³ Jede Person, die per Kündigung aus dem System "Schule" ausscheidet, ist gerade in Zeiten des akuten Fachkräftemangels eine zu viel. Wenngleich die Motive bedauerlicherweise bislang nicht erhoben worden sind, steht zumindest die naheliegende Befürchtung im Raum, dass nicht wenige Kolleginnen und Kollegen auch infolge der eingeschränkten Teilzeitmöglichkeiten freiwillig den Schuldienst quittieren (werden). Dass immer weniger Studierende in NRW ein lehramtsbezogenes Studium aufnehmen, spricht ebenso für einen gravierenden Attraktivitätsverlust.⁴

Aber auch die Abordnungspraxis belastet viele Lehrkräfte, sie bedarf einer dringenden Nachsteuerung – hin zu einer landesweit transparenten, nachvollziehbaren und einheitlichen Verfahrensweise, die Freiwilligkeit prioritär setzt und nicht Löcher an der einen Stelle stopft, während an anderer Stelle neue Löcher gerissen werden.

Aus Sicht des VBE NRW fordert die FDP-Fraktion ebenfalls zurecht, Weiterqualifizierungsmaßnahmen für bereits in den Schulen tätige Menschen in den Blick zu nehmen und Ressourcen zu heben, ohne Standards zu vernachlässigen. Aber auch hier gilt, dass Ausbildung und Weiterqualifizierung Zeit benötigen, die auch in einem angemessenen Rahmen gegeben werden muss, denn das weiterqualifizierte Personal ist nicht nur kurzfristig als Personalressource anzusehen, sondern wird langfristig in den Bildungseinrichtungen tätig bleiben und damit auch zukünftig eine Basis der schulischen Arbeit bilden; das verlangt nach einer angemessenen Weiterqualifizierung, die Standards berücksichtigt.

Ziel muss es in der Tat sein, den Arbeitsplatz Schule zeitgemäßer und attraktiver zu gestalten, um Personal zu gewinnen. Ziel muss es auch sein, dass grundständig ausgebildete und angemessen weiterqualifizierte Menschen unsere Kinder und Jugendlichen in den Schulen unterrichten, erziehen und betreuen. Um dies zu erreichen, sehen wir vor allem in folgenden Bereichen Handlungsbedarf:

- Das derzeit in den Schulen t\u00e4tige Personal, das den Schulalltag f\u00fcr unsere Sch\u00fclerinnen und Sch\u00fcler unter gro\u00dfen Herausforderungen gestaltet, muss gest\u00e4rkt und entlastet werden. Dazu geh\u00fcrt eine kritische Evaluation der Ma\u00dfnahmen des Handlungskonzepts – hier vor allem eine R\u00fccknahme der restriktiven Handhabung zur Teilzeit- und Abordnungspraxis.
- Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteigern sowie Vertretungslehrkräfte sollten professionsspezifisch eingesetzt und bestmöglich fortgebildet werden. Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen mit dem Ziel einer höheren Qualifikation sollten mit einer Besoldungsanpassung einhergehen.
- Die hohe Zahl vakanter Schulleitungs-Stellen muss reduziert werden, u.a. durch Entbürokratisierung, mehr Schulverwaltungsassistenzen, Wegfall der Unterrichtsverpflichtung, mehr Leitungszeit für Konrektorinnen und Konrektoren, bessere Besetzung der Sekretariate und des Gebäudemanagements.
- Im Sinne der im Lehrerausbildungsgesetz verankerten Gleichwertigkeit aller Lehrämter ist die Angleichung der Bezahlung von Schulleitungen ebenso überfällig wie eine Besserstellung der Beförderungsämter, Ähnliches gilt für die Fachleitungen.

³ Koch, M. (2023). *Überlastet: Immer mehr Lehrkräfte geben auf*. Bericht des Westdeutschen Rundfunks. Verfügbar unter: https://www1.wdr.de/nachrichten/landespolitik/mehr-lehrerkuendigungen-nrw-100.html [19.09.2024]

⁴ Landesbetrieb IT.NRW Statistik und IT-Dienstleistungen (2024). *NRW-Hochschulen: 1,4 Prozent weniger Studierende begannen ein Studium für das Lehramt.* Verfügbar unter: https://www.it.nrw/nrw-hoch-schulen-14-prozent-weniger-studierende-begannen-ein-studium-fuer-das-lehramt-113221

Das im Rahmen des "Handlungskonzeptes Unterrichtsversorgung" vorgelegte Maßnahmenbündel zeigt, dass die Landesregierung die Notsituation zumindest teilweise anerkennt. Nimmt sie ihren Auftrag, die Unterrichtsversorgung an den nordrhein-westfälischen Schulen deutlich zu verbessern, tatsächlich ernst, kommt sie nicht umhin, die beschrittenen Wege sachlich und ehrlich zu reflektieren. Hierzu gehört auch der Mut, bereits implementierte Maßnahmen wieder zurückzunehmen oder durch Alternativen zu ersetzen.

Dortmund, 24.09.2024

Stefan Behlau Landesvorsitzender VBE NRW Anne Deimel Landesvorsitzende VBE NRW



Verband Bildung und Erziehung (VBE) Landesverband NRW e.V. Westfalendamm 247 44141 Dortmund